

Joachim Petzold

**SPD und KPD
in der Endphase der Weimarer Republik:
Unüberwindbare Hindernisse
oder ungenutzte Möglichkeiten?**

I.

Heinrich August Winkler hat eine der umstrittensten Entscheidungen der deutschen Sozialdemokraten folgendermaßen kommentiert: „Sie mußten schließlich im Frühjahr 1932 einen überzeugten Monarchisten, den kaiserlichen Feldmarschall von Hindenburg, im Amt des Reichspräsidenten bestätigen. Allerdings wäre jeder andere Kandidat damals von Hitler geschlagen worden, und insofern war Hindenburgs Wiederwahl geradezu ein Triumph der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik. Wäre die SPD damals nicht ihrer Devise „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“ gefolgt, das „Dritte Reich“ hätte bereits im April 1932 begonnen.“¹

Es ist nicht leicht, dieser Feststellung zu widersprechen. Man könnte einwenden, daß im Frühjahr 1932 noch ganz andere Abwehrmöglichkeiten bestanden als zu Beginn des Jahres 1933. Es sei nur auf die sozialdemokratischen Machtpositionen in Preußen verwiesen. Aber Hitler als Reichspräsident hätte für die Weimarer Republik eine Belastungsprobe dargestellt, der sie kaum gewachsen gewesen wäre, zumal sich die NSDAP noch in einem ungebrochenen Aufschwung befand. Sofortige Kapitulation der Demokraten oder offener Bürgerkrieg mit ungewissem, wahrscheinlich zur faschistischen Diktatur führenden Ausgang müßten wohl als unmittelbares Resultat angenommen werden. Es ist tatsächlich nicht zu erkennen, wer außer Hindenburg im Frühjahr 1932 gegenüber Hitler bei den Reichspräsidentenwahlen Erfolgschancen gehabt hätte.

Aber wenn dem so gewesen ist, dann erübrigen sich eigentlich alle Erwägungen, ob die Weimarer Republik noch zu retten war. Es lag doch auf der Hand, daß sich die konservativen Eliten gestützt auf die unerschütterliche Machtstellung des wiedergewählten Hindenburg irgendwann und irgendwie mit der Nazibewegung arrangieren würden. Die KPD hat bekanntlich den Reichspräsidentenwahlkampf unter der Parole geführt: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Man wird den Kommunisten vieles vorwerfen können, diese Voraussage

¹ Heinrich August Winkler, Deutschland vor Hitler, in: Der historische Ort des Nationalsozialismus, hrsg. v. Walter H. Pehle (Frankfurt am Main 1990) 24.

nicht. Es ist auch von vornherein festzuhalten, daß sich das Problem, über das wir diskutieren, keineswegs nur auf das Verhalten der beiden Arbeiterparteien reduzieren läßt. Es geht alle an, die keine faschistische Diktatur in Deutschland wollten, und lautet letztlich: War die Weimarer Republik überhaupt zu retten?

Hans Mommsen hat von der „Lebenslüge“ der Weimarer Koalitionsparteien gesprochen, die da meinten, sich mit den Feinden der bürgerlich-demokratischen Neuordnung in Deutschland von 1918/1919 beim Aufbau und der Erhaltung der Weimarer Republik arrangieren zu können. Diese Lebenslüge hat sich am prägnantesten in der sozialdemokratischen Lösung geäußert: „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“² Mommsen urteilt darüber zusammenfassend: „Die Tolerierungspolitik hatte sich als Fehlschlag erwiesen, zumal sie weder den Sturz Brünings noch den Preußenschlag hatte verhindern können.“³ Aber welche Alternative wäre zu ihr denkbar gewesen? Winkler sieht keine; denn wenn die SPD die präsidiale Regierungsweise unter Brüning nicht toleriert und sich nach links orientiert hätte, dann wäre seiner Meinung nach die Existenzbedingung der Weimarer Republik – die sozialdemokratische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien der Mitte – außer Kraft gesetzt worden und der Weimarer Staat noch eher zusammengebrochen.

Vielen Linken ist jedoch die Auffassung Carl von Ossietzkys einleuchtend erschienen, der am 1. März 1932 in der „Weltbühne“ schrieb: „Du mußt es dreimal sagen: der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist kein tragbarer Kandidat für die Linke.“ Genau wie die von der SPD abgespaltene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, der sich nicht wenige anschlossen, die die Geschicke der SPD nach 1945 bestimmen sollten, sprach sich Ossietzky trotz aller wohl begründeten Vorbehalte für den Wahlvorschlag der KPD Ernst Thälmann aus: „Ich bin kein Ratgeber auf dem Kandidatenmarkt, und wer einer Partei angehört, wird im Endkampf zwischen Disziplin und besserer Überzeugung durchweg der Disziplin den Vorrang geben. Gern hätte ich als parteiloser Mann der Linken für einen akzeptablen Sozialdemokraten wie Paul Löbe oder Otto Braun gestimmt. Da kein sozialdemokratischer Kandidat vorhanden ist, muß ich schon für den kommunistischen stimmen ... Man muß festhalten: die Stimme für Thälmann bedeutet kein Vertrauensvotum für die Kommunistische Partei und kein Höchstmaß von Erwartungen. Linkspolitik heißt, die Kraft dort einzusetzen, wo ein Mann der Linken im Kampfe steht. Thälmann ist der einzige, alles andre ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Das erleichtert die Wahl.“⁴

Wenn nicht schon eine weitgehende Unterwerfung der KPD unter den Einfluß

² Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933 (Berlin 1989) 412f; im folgenden zitiert: Mommsen, Freiheit. Wie die kommunistische, so tritt uns auch die sozialdemokratische Wahllosung bei den Reichspräsidentenwahlen in verschiedenen Varianten entgegen. Auf KPD-Wahlplakaten stand zu lesen: „Wer Hindenburg wählt, hilft den Nazis!“ Den ersten Teil der zitierten KPD-Parole gebrauchte Thälmann in seiner Wahlrede am 5. April in Breslau. Am 8. April variierte er den zweiten in Köln folgendermaßen: „Wer Hindenburg oder Hitler wählt, stimmt für die Kriegsprofite der deutschen Rüstungsindustrie und die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie!“ Die SPD-Lösung lautete auch „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler“ (Bundesarchiv, Potsdam, St 10/49, Bd. 4b, Bl. 371).

³ Mommsen, Freiheit 501.

⁴ Die Weltbühne, 3. Mai 1932.

Stalins zu verzeichnen gewesen wäre, die ganz im Schatten der berüchtigten Sozialfaschismustheorie zur Teilnahme am sogenannten Preußischen Volksentscheid im August 1931 geführt hatte, so könnte man aus einer derartigen Sicht diesen Tagungsschwerpunkt auch „Das Dilemma der KPD und die Politik der SPD“ nennen. Es darf außerdem nicht übersehen werden, daß die Kommunisten von vornherein der Weimarer Republik und dem Parlamentarismus feindlich gegenüberstanden. Sie gingen von der Illusion einer unmittelbar bevorstehenden sozialistischen Weltrevolution aus und betrachteten alles, was sich ablehnend oder hinderlich erwies, als bekämpfenswürdig. Stalins Behauptung, daß die Sozialdemokraten Sozialfaschisten und die Vermittler zwischen den beiden Arbeiterparteien besonders gefährlich seien, knüpfte an die von Lenin unermüdlich wiederholte Bezeichnung Sozialchauvinisten und seinen kompromißlosen Kampf gegen die sogenannten Zentristen an.

Es ist eine offene, nicht zu beantwortende Frage, wie sich eine Kommunistische Partei Deutschlands unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs entwickelt hätte. Es sei nur an deren Bereitschaft erinnert, an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen, und auf die Gefängnisaufzeichnungen Rosa Luxemburgs über die Perspektiven der russischen Revolution verwiesen, wenn Lenins und Trotzkis antidemokratischer Kurs weitergeführt und verallgemeinert würde. Es gab jedoch bei ihnen in der Verurteilung des sogenannten Sozialchauvinismus und schließlich des immer mehr abgelehnten Zentrismus kaum unterschiedliche Auffassungen zu Lenin und den Bolschewiki. Der gewiß nicht von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg initiierte, aber maßgeblich mitgetragene Berliner Januaraufstand von 1919 war eine eindeutige Kampfansage gegen die „Ebert und Scheidemänner“ und ein verzweifelter Versuch, den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem zu verhindern. Man kann und darf aus der KPD nicht nachträglich etwas anderes machen wollen, als sie war.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob es wenigstens möglich gewesen wäre, angesichts existenzieller Bedrohungen durch den Faschismus sich über dogmatischen Ballast hinwegzusetzen und illusionäre Erwartungen der politischen Selbsterhaltung unterzuordnen. Wiederum stellt sich das keineswegs nur als ein Problem der Kommunisten dar. Der erste, der sein Eintreten für Hindenburg mit bitterem Undank belohnt sah, war Brüning. Selbst wenn sich maßgebende Zentrumskreise bereits innerlich von der Weimarer Republik gelöst hatten, von der faschistischen Diktatur konnten sie sich nichts erhoffen. Die traditionellen bürgerlichen Parteien hatten angesichts der Entwicklung in Italien und der unverhohlenen Ankündigungen der Nazis genügend Grund zu der Annahme, daß mit der Beseitigung des Parlamentarismus und des Pluralismus auch ihre Existenz in Frage gestellt sein mußte. In dieser oder jener Form gingen schließlich alle an ihren eigenen Lebenslügen zugrunde.

Angesichts des Verhaltens Hindenbergs am 20. Juli 1932 und ab dem 30. Januar 1933 kann man nur mit tiefer Bestürzung lesen, was der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus Ernst Heilmann im Februar 1932 schrieb: „Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann, den wir seit sieben Jah-

ren als Reichspräsident kennengelernt haben, niemals sein. Seine Treue zu Brüning muß dafür letzter Beweis sein. Bei der Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie die Taktik vollkommen eindeutig vorgeschrieben: Sie hat alles zu tun, um die Wahl eines Nazireichspräsidenten zu verhindern, eine Wahl, die für Deutschland ebenso wie für seine Arbeiterklasse den Untergang bedeutete, und alles daran zu setzen, daß in der Wilhelmstraße ein verfassungstreuer Reichspräsident amte.⁵

Niemand hat mehr für sein Fehlurteil über Hindenburg büßen müssen, als Heilmann selbst. Er glaubte, sich an die Lauterkeit von dessen Charakter klammern zu können und übersah wie viele, die ihn heute am liebsten als den eigentlichen Schuldigen der nationalen Katastrophe ansehen möchten, daß Hindenburg letztlich nur der Willensvollstrecker einer grundsätzlich an der Zerstörung des Parlamentarismus und der Demokratie interessierten Oberschicht gewesen ist und auch darauf reagierte, daß die Parteienvielfalt mit ihren Problemen bei immer größeren Bevölkerungsgruppen in Verzug geraten war. In seiner persönlichen Beurteilung des Reichspräsidenten hatte Heilmann nicht einmal ganz unrecht. Hindenburg mußte erheblich unter Druck gesetzt werden, bevor er der Forderung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, nachgab. Politiker wie Papen und sogar Schleicher waren da weit skrupeloser. Der Sozialdemokrat Heilmann hatte jedoch genügend Erfahrungen sammeln können, um zu wissen, wie abhängig Hindenburg von jener von seinen Beratern gewesen ist. Der Aufruf zu seiner Wiederwahl zeigt viel mehr an, wie alternativlos die deutsche Sozialdemokratie und wie groß der Selbstbetrug war.

Mit persönlichen Schuldzuweisungen ist die Frage der Verantwortung für den Untergang der Weimarer Republik und den Übergang zur faschistischen Diktatur allein nicht zu beantworten. Es kann sogar von den eigentlichen Ursachen ablenken, wenn man sich zu sehr auf Einzelpersonen konzentriert. Hagen Schulze sieht zwar in der Strukturanalyse einen Umweg und verzichtet auch auf eine Abstufung der Verantwortung, aber er bezieht neben einzelnen Verantwortlichen die Bevölkerung, Gruppen und Parteien insgesamt in die Schuldfrage ein⁶. Karl Dietrich Erdmann hat immer wieder mit gutem Grund auf die verhängnisvolle Entscheidung im März 1930 verwiesen, an die Stelle des parlamentarischen Regierungssystems das präsidiale zu setzen und darüber hinaus mit der Preisgabe des Klassenkompromisses zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gegen das – wie er meinte – eigentliche Lebensgesetz der Weimarer Republik zu verstossen⁷. Den Sturz der Hermann-Müller-Regierung aber kann man nicht primär Hindenburg anlasten. Sogar die Nazibewegung war daran noch weitgehend unbeteiligt. Sie wurde sich selbst ihres atemberaubenden Aufstiegs erst nach der von Brüning verfügten Reichstagsauflösung bewußt.

Mit der DVP und dem Zentrum hatten sich zumindest zwei der drei bürgerlichen Parteien in der Regierung der großen Koalition unter der Regie Schleichers auf jene schiefen Ebene gestellt, auf der es dann kein Halten mehr geben sollte. Henry Ashby

⁵ Das Freie Wort, 7. Februar 1932.

⁶ Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Berlin 1982) 425; im folgenden zitiert: Schulze, Weimar.

⁷ Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, hrsg. v. Karl-Dietrich Erdmann und Hagen Schulze (Düsseldorf 1980) 340, 345.

Turner hat überzeugend nachgewiesen, daß die Beziehungen zwischen der Großindustrie und der Nazibewegung von viel mehr Differenzen belastet wurden, als es die Marxisten und mitunter auch die Linksliberalen unter den Politikern und Historikern wahrhaben wollten. Aber kann man angesichts des Druckes, den speziell der Reichsverband der Deutschen Industrie auf die Hermann-Müller-Regierung ausübte, wirklich sagen, daß die deutsche Großindustrie die Weimarer Republik sehr viel weniger unterminierte, als allgemein angenommen worden ist⁸?

Es muß anerkannt werden, Hitler war keineswegs der Wunschkandidat der führenden Ruhrindustriellen für das Reichskanzleramt. Aber er wurde doch nicht zuletzt deshalb akzeptiert, weil sich ihr – nach Turner – eigentlicher Vertrauensmann Papen mit ihm im Januar 1933 zu arrangieren wußte, vor allem aber, weil er genau das zu realisieren versprach, woran die meisten Großgrundbesitzer und Großindustriellen gleichermaßen interessiert waren: Die Beseitigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution und die Überwindung des Versailler Nachkriegssystems. War es daher nicht folgerichtig, wenn sich auch in der SPD die Stimmen mehrten, die meinten, die Konzessionsbereitschaft gegenüber denen, die den Boden der Weimarer Republik verlassen wollten, müsse eine Grenze haben?

Die kommunistische Einschätzung, Brüning hätte bereits ein faschistisches Regime errichtet, war grundsätzlich falsch. Sie hing mit der später selbst kritisierten Unfähigkeit zusammen, den prinzipiellen Unterschied zu erkennen, den sogar eine im Abbau befindliche bürgerliche Demokratie noch von einer im Entstehen begriffenen faschistischen Diktatur trennte und entsprach der in der III. Internationale dominierenden Auffassung, alles, was nicht kommunistisch sei, wäre mehr oder minder faschistisch. Aber wie steht es mit dem Beitrag Brünings zur Zerstörung des parlamentarischen Regierungssystems als einem Grundpfeiler der Weimarer Republik und demzufolge mit den Prämissen sozialdemokratischer Tolerierungspolitik?

Man wird durchaus anerkennen können, daß Brüning am Ende seiner Regierungszeit – als er von denen, die ihm den Weg bereitet hatten, fallen gelassen wurde und ein neuer Rechtsruck bevorstand – von der Sozialdemokratie gestützt werden mußte. Aber war das bereits nach den Reichstagswahlen von 1930 der Fall? Galt es nicht, den Anfängen einer Abkehr vom Parlamentarismus und des Übergangs zur präsidialen Regierungsweise zu wehren? Ein Rechtfertigungsargument lautete immer: Wäre Brüning nicht toleriert worden, so hätte die Regierungskoalition mit dem Zentrum in Preußen nicht überleben können.

Nirgends wurde jedoch so deutlich, wie sehr die sozialdemokratische Tolerierungspolitik in eine Sackgasse führte, aus der es keinen Ausweg mehr gab, wie in der preußischen Frage. Wer mit Recht davon ausging, daß das republikanische Preußen die wichtigste Bastion der Weimarer Republik war, der durfte keinen Zweifel daran lassen, daß man die preußische Machtposition bis zum äußersten verteidigen würde. Ich selbst bin zwar längst von meiner früheren Meinung abgerückt, am 20. Juli 1932 hätte – gestützt auf die preußische Polizei und durch die Auslösung proletarischer Kampf-

⁸ Henry Ashby Turner, Jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers (Berlin 1985) 405.

aktionen – erfolgreich Widerstand geleistet werden können⁹. Aber damit ist die Notwendigkeit einer Verteidigung Preußens nicht aus der Welt geschafft, sondern nur in einen größeren Zusammenhang umfassenderer Abwehrmaßnahmen gestellt.

Es war im Grunde nicht viel anders als bei den Reichspräsidentenwahlen. In der Stunde der Entscheidung zählte vor allem das, was man zuvor getan oder versäumt hatte. Die Verteidigung Preußens mußte vor dem Staatsstreich organisiert werden. Da bekanntlich das Zentrum in Preußen empfindlicher auf Rechtsentwicklungen als im Reiche reagierte und sich gegenüber dem Abtrünnling Papen in einer kompromißlosen Opposition befand, wird man das kaum für völlig aussichtslos erklären können. Wir wissen heute, welche Sorgen sich speziell Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl – wie übrigens Hitler noch am 30. Januar 1933 – über die Möglichkeit eines Generalstreikes machte¹⁰. Aber wenn man Gayl wie Severing regelrecht zum Eingreifen in Preußen ermunterte und sich auf Gedeih und Verderb in die Hand Hindenburgs begaben hatte, dann durfte man sich nicht darüber wundern, daß der Preußenschlag gewagt wurde.

Die Politik des kleineren Übels wird sicher nicht grundsätzlich verworfen werden können. Wenn sie jedoch so wie bei der Sozialdemokratie in der Schlußphase der Weimarer Republik zur Hauptleitlinie gemacht wird, dann ist der Untergang unvermeidlich, weil das Schlimme gegenüber dem noch Schlimmeren stets tolerierungswürdig zu sein scheint und man sich letztlich mit der stufenweisen Verschlechterung der Lage widerstandslos abfindet. Die Hilflosigkeit in der Reichspräsidenten- und in der Preußenfrage war gleichsam vorprogrammiert, weil die Sozialdemokratie keine langfristigen Vorkehrungen getroffen hatte. Dabei war doch seit 1925 klar, daß spätestens im Frühjahr 1932 wieder Reichspräsidentenwahlen anstanden. Schon allein das hohe Alter Hindenburgs hätte es allen Weimarer Koalitionsparteien zur Pflicht machen müssen, sich vorsorglich einen gemeinsamen Kandidaten aufzubauen und diesen mehrheitsfähig zu machen.

Im Kaiserreich und nach dem 20. Juli 1932 galt das geflügelte Wort „Wer Preußen hat, hat das Reich!“ Obwohl allein schon sein territoriales und personelles Übergewicht in der Weimarer Republik dafür neue und demokratischere Möglichkeiten geboten hätte, die Weimarer Koalitionsparteien im allgemeinen und die Sozialdemokratie im besonderen wußten die preußische Regierungsgewalt für die Erhaltung der Demokratie nicht einzusetzen. Wie Winkler so hat auch Mommsen ganz entschieden den Standpunkt vertreten, daß es 1932 keine realen Erfolgsaussichten bei der Verteidigung Preußens mehr gab und der Aufruf zum Widerstand gegen den Preußenschlag verantwortungslos gewesen wäre.

Mommsen spricht sogar von einem verhängnisvollen „Fehlgriff des der Deutschen

⁹ Joachim Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1956) 1146–1186 bzw. ders., Generalprobe für Hitler (Berlin 1980); im folgenden zitiert: Petzold, Staatsstreich bzw. Generalprobe.

¹⁰ Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, hrsg. v. Hermann Weiß und Paul Hoser (München 1989) 197; Akten der Reichskanzlei: Die Regierung Hitler, bearb. v. Karl-Heinz Minuth (Boppard am Rhein 1983) 3.

Staatspartei zugehörigen preußischen Staatssekretärs des Innern, Wilhelm Abegg“: „Dieser hatte im Juni eine Unterredung mit den KPD-Abgeordneten Ernst Torgler und Wilhelm Kasper, in der er sie beschwore, die Terrorakte ihrer Partei einzustellen und statt dessen die SPD in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen.“¹¹ Aber was war eigentlich an dieser Unterredung am 4. Juni 1932 so falsch und verwerflich?

Für viele Historiker ist die Feststellung ein Axiom: Die Weimarer Republik wurde von links und von rechts zerstört. Die Kommunisten haben ohne Zweifel zur Schwächung des Weimarer Staatswesens beigetragen und bei aller subjektiven Gegensätzlichkeit mitunter objektiv den Rechten in die Hand gearbeitet. Das Ausmaß der Verantwortung zwischen rechts und links ist jedoch unterschiedlich. Einmal auf Grund des konkreten Tatbestandes. Zum anderen wegen der ungenutzt gebliebenen Möglichkeiten, die verhängnisvolle Frontstellung zu überwinden.

Abegg hoffte, die KPD-Führung würde sich Vernunftargumenten bei der Bestimmung ihres Verhältnisses zur preußischen Staatsregierung nicht mehr verschließen und sich noch entschiedener gegen den individuellen Terror aussprechen. Wenn schon seine Kontaktaufnahme ein verhängnisvoller Fehlgriff gewesen wäre, dann müßte man eigentlich hinzufügen: Alle Versuche, zu einer Zusammenarbeit mit Kommunisten bei der Abwehr der faschistischen Bedrohung zu kommen, waren für die preußische Staatsregierung und die sozialdemokratische Parteiführung viel zu belastend und daher verwerflich. Severing, der Abegg scharf rügte, hat zumindest so gedacht und gehandelt.

Der Widerspruch liegt meiner Meinung nach auf der Hand: Der KPD wird vorgeworfen, mitschuldig am Untergang der Weimarer Republik zu sein, weil sie in Opposition zu ihr stand und diejenigen angriff, die das Weimarer System am Leben erhalten wollten. Die SPD und überhaupt die Weimarer Koalition müssen kritisiert werden, weil es an der Bereitschaft zur Verteidigung des Parlamentarismus und der Demokratie mangelte. Wieso können dann Versuche, die Kommunisten aus ihrer selbstmörderischen Abseitsstellung herauszuführen und das demokratische Preußen verteidigungsfähig zu machen, auch noch falsch gewesen sein?

II.

In dieser konkreten Widersprüchlichkeit sehe ich die Widerspiegelung einer allgemeinen. Die meisten Historiker und wohl fast alle der hier anwesenden haben immer wieder versichert, der Untergang der Weimarer Republik sei vermeidbar gewesen und die Nazis hätten von der politischen Macht ferngehalten werden können. Die bisher zitierten Urteile lauten jedoch: Hitler ließ sich nur zeitweilig durch die Wiederwahl Hindenburgs als Krönung sozialdemokratischer Tolerierungspolitik vom höchsten Amt der Weimarer Republik fernhalten. Die wichtigste Bastion der Demokratie, das von der Weimarer Koalition regierte Preußen, war nicht zu verteidigen. Der Versuch

¹¹ Mommsen, Freiheit 452.

Staatssekretär Abeggs, die Kommunisten in die Abwehr der faschistischen Bedrohung einzubeziehen, durfte nicht gemacht werden.

Bevor wir uns konkret der Frage zuwenden, ob es nicht doch ungenutzt gebliebene Möglichkeiten gab, sollen die grundsätzlichen Standpunkte erörtert werden. Winkler hat das allgemeine Problem bereits vor einem Dutzend Jahren folgendermaßen formuliert: „Die Herrschaft des Nationalsozialismus war kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte. Darin sind sich heute die meisten Historiker einig. Aber ist deshalb der Umkehrschluß erlaubt, Hitlers Machtübernahme sei ein notwendiges Ergebnis der politischen Entwicklung Deutschlands gewesen? Gab es nicht doch Wendepunkte, an denen die Geschichte auch ganz anders hätte verlaufen können?“¹² Hagen Schulze formulierte einige Jahre später in seiner Geschichte der Weimarer Republik ganz entschieden, „daß Weimar nicht schicksalhaft oder bedingt durch anonyme Sachzwänge scheitern mußte – die Chance der Gruppen wie der Einzelnen, sich für Weimar zu entscheiden und dem Gesetz der parlamentarischen Demokratie zu gehorchen, nach dem man angetreten war, hat immer bestanden“¹³.

Von den auf diesem Colloquium anwesenden Historikern ist mir allerdings niemand bekannt, der diese Entschiedenheit, auf die letzten Jahre der Weimarer Republik bezogen, teilt. Das läßt sich sicher nicht nur aus der allgemeinen Überzeugung erklären, es könnte nicht Sache der Historiker sein, im realen Leben verlorene Schlachten nachträglich noch am Schreibtisch gewinnen zu wollen. Das hängt wohl vor allem mit der Einsicht zusammen, daß angesichts des Zerfalls der großen Koalition, dem spektakulären NSDAP-Wahlerfolg bei den von Brüning provozierten Neuwahlen des Reichstages und der wachsenden Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien immer weniger Bausteine für die Möglichkeit ausgemacht werden können, die Entwicklung zur faschistischen Diktatur zu verhindern.

Seit geraumer Zeit hat sich daher die Diskussion darüber, was die Weimarer Republik am Leben hätte erhalten können, auf die Anfangsjahre verlagert. Eberhard Kolb, Klaus Schönhoven und selbstverständlich auch Winkler und Mommsen haben auf Versäumnisse und Unterlassungen in der Novemberrevolution verwiesen. Am schärfsten hat sie Wolfram Wette angeprangert, der am Ende seiner Noske-Biographie schreibt: „Im einen wie den anderen Fall zeigte es sich, daß die regierenden Mehrheitssozialdemokraten in den Jahren 1918–20 nicht den Mut und die Kraft zu einer wirklich offensiven, die überkommenen Strukturen tiefgreifend verändernden Politik hatten, die jenen Eliten dauerhaft den Boden entziehen müssen, die dann schon bald wieder den Versuch machen sollten, einen neuen ‚Griff nach der Weltmacht‘ vorzubereiten.“¹⁴ Wenn man das Unheil bedenkt, welches speziell das „Kabinett der Barone“, das wie kein anderes diese Eliten repräsentierte, angerichtet hat, wird man dem nur zustimmen können. Welche Möglichkeiten die SPD besaß, zeigt ein Vergleich der Wahlergebnisse: Die NSDAP hat auf dem Höhepunkt ihres Masseneinflusses vor 1933 mit 37,4 Prozent der Wählerstimmen noch nicht einmal ganz

¹² Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, hrsg. v. Carola Stern und Heinrich August Winkler (Frankfurt am Main 1979) 7; im folgenden zitiert: Wendepunkte.

¹³ Schulze, Weimar 425.

¹⁴ Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie (Düsseldorf 1987) 803.

die 37,9 Prozent erreichen können, die die SPD 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt, aber was hat Hitler damit anzufangen gewußt!

Die Diskussion, die mit Klaus Schönhöven, Reinhard Rürup, Hans Mommsen, Susanne Miller, Helga Grebing, Hermann Weber und anderen vor zwei Jahren in Berlin über derartige Fragen stattfand¹⁵, hat aber auch gezeigt, wie kompliziert selbst in den Anfangsjahren der Weimarer Republik die Frage nach einer Alternative zum eingeschlagenen Weg ist. Demokraten müssen, wenn sie die Demokratie erhalten wollen, andere Schlüsse aus Wahlergebnissen ziehen. Es kann zudem nicht übersehen werden, daß die heutige Kritik an der Nachkriegspolitik der SPD den zeitgenössischen Vorwürfen der USPD und der KPD näher steht als den seinerzeitigen sozialdemokratischen Rechtfertigungsversuchen.

Ich will mich deshalb nur im Rahmen der von Winkler vertretenen These bewegen: „1933“ läßt sich nicht einfach aus „1918“ ableiten. Das Scheitern der Weimarer Republik war keine notwendige Folge ihrer Geburtsfehler. Der Nationalsozialismus wäre nach 1929 auch zur Massenbewegung geworden, wenn 1918/19 die Schwerindustrie sozialisiert und der Großgrundbesitz enteignet worden wäre.¹⁶ Das Versagen der SPD in der Novemberrevolution und zuvor noch im Ersten Weltkrieg spielte allerdings im Verhältnis der beiden Arbeiterparteien noch am Ende der Weimarer Republik und später in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR eine große Rolle, weil die Kommunisten davon die Rechtfertigung ihrer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik ableiteten und im Hinweis auf das Verhalten sozialdemokratischer Führer am 4. August 1914, im Januarstreik 1918 sowie gegenüber der kaiserlichen Generalität in der Novemberrevolution über nicht widerlegbare Argumente verfügten.

Ich will aber nicht verschweigen, daß mich angesichts eigener bitterer Lebenserfahrungen das Gefühl beschleicht, ob es nicht meine – um das mir so hilfreiche Wort von Hans Mommsen aufzutragen – „Lebenslüge“ gewesen ist, ein an sich vielversprechendes politisches System könnte trotz fundamentaler Geburtsfehler und denkbar widriger Umstände am Leben erhalten werden. Die meisten Deutschen, die am Ende des Ersten Weltkrieges eine Revolution machten, wollten gewiß etwas anderes als das mit den Problemen nicht fertig werdende und zusammenbrechende Kaiserreich. Aber so, wie die Weimarer Republik wurde und es wohl auch gar nicht viel anders werden konnte, hatten sie es sich nicht vorgestellt. Vor allem aber waren es die gleichen Menschen, die 1914 vom Nationalismus berauscht in den Krieg zogen und die im Versailler Vertrag nur das gewußt vorhandene Unrecht sahen.

Als die Inflation, auf die Gerald D. Feldman und Knut Borchardt so nachdrücklich hinweisen, und schließlich die Weltwirtschaftskrise hinzukamen, da fanden die Stimmen der Vernunft auch aus objektiven Gründen immer weniger Gehör. Könnte es nicht doch sein, daß diese Weimarer Republik gar nicht zu retten war, daß es erst härtester Erfahrungen bedurfte, bevor sich die Deutschen bewußt wurden, auf dem Wege

¹⁵ Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung. Protokoll eines Geschichtsforums über August Bebel und die Arbeiterbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie über Massenbewegungen und parlamentarische Demokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik (30./31. Mai 1989) (Jena 1989).

¹⁶ Wendepunkte 10.

zu einer Weltmacht zwangsläufig gescheitert zu sein und nicht immer von neuem der Versuchung erliegen zu dürfen, es doch noch irgendwie schaffen zu können? Wer hatte 1932/33 schon eine politische Chance, wenn der andere voller Inbrunst und Überzeugung sein „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ sang?

Doch wenn man weiter nach Möglichkeiten suchen will, wie die Weimarer Republik hätte erhalten werden können, dann muß man immer von neuem auf das Verhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien zurückkommen. Ihr eigentliches Fundament, die Weimarer Koalition, hatte sich nicht mehr als tragfähig erwiesen. Wer mit Winkler in ihr die einzige denkbare Stütze sieht, der kann dann eigentlich nur einen hoffnungslosen Krankheitsbefund konstatieren; denn die Sozialdemokraten waren zwar bis zuletzt zu einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften bereit und haben das sogar bis zur Selbstverleugnung demonstriert, aber die Bereitschaft und die Fähigkeit zu dieser Zusammenarbeit schwanden bei den früheren Koalitionspartnern immer mehr dahin. Darin lag denn auch nach Winkler „die Hauptursache für das Scheitern der ersten deutschen Republik“¹⁷.

Da die niemals über eine absolute Stimmenmehrheit verfügenden Rechten letztlich von der Uneinigkeit ihrer Gegner profitierten und da der Versuch der SPD, sich ausschließlich rechts von ihr um Bündnispartner zur Verteidigung der Weimarer Republik zu bemühen, gescheitert ist, haben Erörterungen über Rettungsmöglichkeiten meines Erachtens nur einen Sinn, wenn über die Einbeziehung wenigstens von Teilen des kommunistischen Massenanhangs nachgedacht wird. Rein zahlenmäßig bestätigte jede Wahl zu Beginn der dreißiger Jahre ein annäherndes Gleichgewicht zwischen den Rechten und den Linken. Beiderseits gab es rivalisierende Parteien, die eine Zusammenarbeit erschwerten. Rechts ist die sogenannte Harzburger Front zustande gekommen, die im Januar 1933 sogar die Regierungsbasis bildete. Links hat es nicht einmal Versuche gegeben, zu einer auch nur partiellen Verständigung zwischen den Parteiführungen von KPD und SPD zu gelangen, geschweige denn eine Blockbildung zu erwägen.

Dem Argument, daß die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf Grund der Weltkriegs- und Revolutionserfahrungen unüberbrückbar waren, kann entgegen gehalten werden, daß es nach anfänglichem kommunistischem Fehlverhalten bei der Abwehr des Kapp-Putsches diese Zusammenarbeit gab. Auch in der Frage der Fürstenabfindung ließen sich noch gemeinsame Aktionen organisieren. Erst ab 1928 begann es unmöglich zu werden, daß sich die beiden Arbeiterparteien noch miteinander arrangierte.

Es wäre wohl zu einfach, die Ursachen nur in der kommunistischen Rückkehr zum Linksradikalismus auf dem VI. Weltkongreß der III. Internationale und in der sogenannten Stalinisierung der KPD zu sehen. Es hat schließlich heftige innerparteiliche Widerstände dagegen gegeben, auf die die SPD keineswegs ermutigend reagiert hat. Im Bestreben, nach dem Wahlsieg von 1928 zu einer großen Koalition zu kommen, wurde vielmehr versucht, die Kommunisten aus den proletarischen Massenorganisa-

¹⁷ Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (Berlin, Bonn 1987) 954; im folgenden zitiert: Winkler, Katastrophe.

tionen zu verdrängen, und damit objektiv den kommunistischen Sektierern in die Hand gearbeitet, die ihrerseits Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen zu spalten suchten. Wie katastrophal sich das sozialdemokratische Verhalten am 1. Mai 1929 auswirkte, hat uns Thomas Kurz demonstriert¹⁸.

Die Führungen beider Arbeiterparteien verfolgten letztlich das Ziel, den Einfluß der anderen auf die Arbeitermassen zu brechen. Die KPD-Führung hat dafür Pseudothorien wie die von der sozialen Hauptstütze und dem angeblich notwendigen Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie entwickelt und noch über den 30. Januar 1933 hinaus in die Praxis umgesetzt. Doch auch führende Sozialdemokraten hofften bis zuletzt, die Anhänger der KPD für sich zu gewinnen und scheutene keine Mittel, um von der Kommunistischen Partei nur einen kleinen unbelehrbaren Rest zurückzulassen.

Winkler hat jedoch in einer mich überzeugenden Weise Beobachtungen von Friedrich Stampfer zu einem Erklärungsmodell für die Spaltung der Arbeiterbewegung verdichtet, das von den nicht mehr durch eine Partei politisch überbrückbaren sozialen Differenzierungsprozessen in der Arbeiterklasse ausgeht: „Daraus folgte, daß es links von der Weimarer Sozialdemokratie Platz für konkurrierende Kräfte gab: Massenarbeitslosigkeit und proletarisches Elend bedingten zwar nicht die Politik der KPD, aber sie bildeten objektive Gründe für die Existenz einer kommunistischen Partei. Die Spaltung der Arbeiterklasse in einen Flügel, der Bündnisse mit bürgerlichen Kräften grundsätzlich bejahte, und einen anderen, der eine solche Zusammenarbeit grundsätzlich verwarf, war mithin strukturell bedingt und von Anfang an beides: eine schwere Belastung der Weimarer Republik und zugleich eine Bedingung ihrer Möglichkeit.“¹⁹

Die soziale Aufspaltung der Arbeiterklasse, die übrigens auch bürgerlichen Parteien zugute kam, erklärt, warum selbst bei den falschesten politischen Führungsentscheidungen der jeweilige Massenanhang im wesentlichen konstant blieb. Stark vereinfacht kann man sagen, daß sich schließlich mit der KPD eine Partei der Arbeitslosen und mit der SPD eine Partei der noch Arbeitshabenden gegenüberstanden, daß die Elendsproletarier voller Haß und Ablehnung die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik betrachteten, die ihr keine ausreichenden Existenzbedingungen gewährten, und das sowjetische Gesellschaftsmodell erstrebenswert fanden und daß die bessergestellten oder nur zeitweilig notleidenden Arbeiter ihre soziale Existenzsicherung mit politischen Hoffnungen verbanden, die ihnen die Sozialdemokratie und – wie kürzlich Wolfgang Zollitsch eindrucksvoll nachgewiesen hat – im wachsenden Maße auch die Nazipartei zu erfüllen schien²⁰.

Denkt man diesen theoretischen Ansatz Winklers zu Ende, dann wird klar: Eine proletarische Einheitspartei, ja sogar eine Einheitsfront, war unter demokratischen Verhältnissen nicht mehr oder kaum noch möglich. Alle Versuche, einander den Massenanhang abzujagen, mußten jedoch ebenfalls zwangsläufig scheitern oder zu einer

¹⁸ Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929 (Berlin, Bonn 1988).

¹⁹ Winkler, Katastrophe 951.

²⁰ Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus (Göttingen 1990).

einseitigen innerparteilichen Diktatur führen. Die großen proletarischen Massenorganisationen wurden zwar auf Geheiß der Parteiführungen gespalten, der Keim der Spaltung wohnte ihnen aber längst inne. So genau Stampfer diese soziale Differenzierung auch beobachtet hatte, seine politische Schlußfolgerung blieb allerdings ebenso illusioriär wie die der kommunistischen Einheitsfrontpropagandisten: „Aufs schärfste müssen wir Sozialdemokraten darum uns zu der Auffassung bekennen, daß das ganze arbeitende Volk vom bestbezahlten Arbeiter bis zum letzten Elendsproletarier klassenmäßig zusammengehört ...“²¹. Ich verhehle nicht, es hat schmerzlicher Erfahrungen bedurft, bevor ich mich dieser Kritik an Stampfer anschließen konnte, und es ist nur zu offensichtlich, daß sie gerade im politischen Kampf immer wieder in Frage gestellt wird.

Wenn die soziale Aufsplitterung der Arbeiterklasse jedoch zwischen 1918 und 1933 zwei Arbeiterparteien unvermeidlich machte, dann ergeben sich zusätzliche Gründe, das Verhältnis zueinander neu zu durchdenken. Die subjektiven Faktoren, das heißt die Fehlentscheidungen der jeweiligen Parteiführungen, treten dann mehr in den Hintergrund. Es besteht sogar die Gefahr, daß der ultralinke Radikalismus des sogenannten Thälmannschen Zentralkomitees ebenso als die unvermeidliche Widerspiegelung proletarischer Gruppeninteressen erscheint wie die in die Sackgasse führende sozialdemokratische Tolerierungspolitik. Welche politische Verkammerung hätte es da noch geben können?

III.

Die von Stampfer entwickelte und von Winkler aufgegriffene, ihrer Meinung nach sowohl dem Ausmaß der Bedrohung als auch den parteipolitischen Gegensätzen gerade noch angemessene und zumutbare Form einer Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien gegen den Faschismus lautete: Waffenstillstand im Verhältnis zueinander. Gleichfalls aufs höchste besorgte Zeitgenossen Stampfers haben andere Begriffe gewählt oder weitergehende Maßnahmen für notwendig erachtet. Carl von Ossietzky sprach Anfang Mai 1932 von einem dringend erforderlichen Zusammentreffen am runden Tisch. Albert Einstein, Heinrich Mann und Käthe Kollwitz empfahlen in einem „Offenen Brief“ vom 17. Juni 1932 an SPD und KPD für die bevorstehenden Reichstagswahlen gemeinsame Kandidatenlisten oder wenigstens Listenverbündungen. Allen gemeinsam war jedoch die Suche nach dem kleinsten Nenner, auf den sich die verfeindeten Arbeiterparteien einigen konnten.

Es ist nicht zufällig, daß die meisten derartigen Anregungen aus dem Frühjahr 1932 stammen. Vor den Reichspräsidenten- und den Landtagswahlen im April konnte sich die KPD-Führung noch in der Illusion wiegen, die SPD an die Wand gedrückt zu haben. Durch die ernüchternden Wahlergebnisse kamen die realistisch denkenden Kommunisten zum Zuge, war auch beim sozialdemokratischen Massenanhang ein hoffendes Streben nach neuen Wegen spürbar. Nach dem Verlust ihrer preußischen Regierungspositionen hatten die Sozialdemokraten keine reale Macht mehr in den

²¹ Vorwärts, 26. Januar 1933.

Händen, sahen sich die ultralinken Kommunisten in ihrer nie aufgegebenen Überzeugung bestärkt, daß erst der sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterklasse gebrochen werden müsse, bevor dem Faschismus erfolgreich Widerstand geleistet werden könne.

Da bisher die KPD am meisten gegen die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien verstoßen und sie durch ihre Teilnahme am Preußen-Volksentscheid in unerträglicher Weise belastet hatte, erregte es besondere Aufmerksamkeit, daß die KPD unmittelbar nach den preußischen Landtagswahlen im April 1932 folgende Erklärung veröffentlichte: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen! Wir Kommunisten schlagen Euch vor: Sofort in jedem Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen ...“²².

Da die kommunistischen Zeitungen feierlich versicherten, die Partei denke nicht daran, Preußen an das Hakenkreuz auszuliefern und der sozialdemokratische „Vorwärts“ gedämpfter als sonst antwortete, reagierte Carl von Ossietzky erleichtert. Am 3. Mai veröffentlichte er in der „Weltbühne“ den Artikel „Ein runder Tisch wartet“. Darin ging er von der Niederlage aus, die die Weimarer Koalitionsparteien bei den preußischen Landtagswahlen erlitten hatten. Um der drohenden Eroberung Preußens durch die Nazifaschisten erfolgreich entgegenwirken zu können, hielt er zwei Möglichkeiten für diskutabel: Die preußische Regierung Braun-Severing stützt sich auf die parlamentarische Hilfe der Kommunisten, oder die Sozialdemokratie bildet mit den Kommunisten einen oppositionellen Arbeiterblock.

Ossietzky war sich wohl bewußt, daß unter den konkreten Bedingungen in Preußen der KPD eine Schlüsselposition zukam und erinnerte sie nachdrücklich an ihre Verantwortung. Zugleich warnte er die preußischen Regierungsparteien davor, „die Kommunisten jetzt plötzlich als ein vorübergehend abhanden gekommenes Anhängsel der Koalition von Weimar behandeln zu wollen, nachdem man jahrelang in ihnen nicht mehr gesehen hat als eine Kolonie für Galgen und Rad, gut genug, vom Vierten Strafenant ihrer natürlichen Bestimmung zugeführt zu werden“.

Dieser linksstehende bürgerliche Demokrat hatte bei allen nur zu berechtigten Vorbehalten gegenüber kommunistischer Politik jenes den meisten Sozialdemokraten völlig abgehende Verständnis dafür, daß die in der Weimarer Republik ausgegrenzten und am meisten von den Wirtschaftsnöten getroffenen Kommunisten nicht plötzlich – um ein modernes Wort zu gebrauchen – zu Insidern werden konnten. Er appellierte vielmehr an gemeinsame Interessen und warnte davor, die dringend erforderliche Verständigung zwischen KPD und SPD „nicht durch allzu weitgesteckte Ziele“ zu verwirren: „Die rote Einheitsfront ist ein pathetisches Sehnsuchtwort, das auf beiden

²² Die Rote Fahne, 27. April 1932.

Seiten schon viel Parteiegoismus verdeckt hat, viele Versuche, in den Hürden des anderen zu wildern. Wo zwei Arbeiter sich treffen, mag es seine Wirkung haben, zwei Funktionäre jedoch macht es noch argwöhnischer, als sie schon sind. Lassen wir es heute beiseite, denn nicht um die Verschmelzung beider Parteien handelt es sich, sondern um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse.“

Es zeugte vom politischen Realismus des Herausgebers der „Weltbühne“, wenn er trotz der nach wie vor imposanten zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterbewegung und bei aller Anerkennung der Existenzberechtigung einer gemäßigten und einer radikalen Strömung sich doch auch ihrer objektiven Ohnmacht bewußt war: „Denn in dieser Epoche, das muß mit aller Schärfe gesagt werden, liegt die Initiative nicht mehr bei der Arbeiterbewegung, weder bei ihrem reformistischen noch bei ihrem revolutionären Flügel. Die Sozialdemokratie ist mit ihren opportunistischen Kniffen ebenso mit ihrem Latein zu Ende wie die KPD mit ihrem Treiben in die Weltrevolution. Primgeiger ist der Faschismus.“ Es werde gewiß nicht leicht sein, die Sozialisten aller Richtungen auch nur diskutierend zusammenzubringen: „Bei allen Beteiligten ist die Feindschaft traditionell geworden, gleichsam Ehrensache. Alles ist in umfangreichen, archivartig verschachtelten Gedächtnissen mit schrecklicher Genauigkeit aufbewahrt.“ Aber – so lautete die gegenseitige Vernichtungsabsichten verurteilende Schlussfolgerung Ossietzkys – wenn man überhaupt noch eine Zukunft haben wolle, dann müsse man sich an jenem runden Tisch einfinden, der irgendwo steht und wartet²³. Da das Bürgertum immer weniger mit der Sozialdemokratie bei der Verteidigung der Weimarer Republik zusammenarbeiten wollte, blieb seiner Meinung nach nur noch diese Möglichkeit.

Während wir durch die Arbeiten von Schulze und Winkler mit ihrem reichen Dokumenten- und Zitatenmaterial genau über die Auseinandersetzungen in der SPD informiert sind²⁴, liegt vieles bei der KPD trotz Hermann Webers Veröffentlichung der Anleitungen für die Bezirksleitungen noch im dunklen²⁵. So bedarf der Einfluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf die KPD-Politik und die Rolle der jeweiligen KPD-Vertreter in Moskau der Erforschung. Es gibt allerdings auch genügend Beweise dafür, wie doktrinär und realitätsfern die kommunistische Politik im Inlande zumindest vor dem April 1932 war.

Wenn ich im folgenden vornehmlich anderslautende Stimmen zitiere und die auf verbesserte Beziehungen zur Sozialdemokratie gerichteten Verhaltensweisen der Kommunisten erwähne, so weiß ich sehr wohl, daß ich damit eine frühere Tendenz vieler Historiker in den beiden deutschen Staaten forschreibe. In der einstigen BRD wurde oft nur beachtet, was gegen die KPD sprach. In der ehemaligen DDR kam lediglich zur Veröffentlichung, was die kommunistische Politik im günstigen Licht

²³ Die Weltbühne, 3. Mai 1932 (Ossietzky schrieb immer Faschismus).

²⁴ Winkler, Katastrophe; Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, hrsg. und bearb. v. Hagen Schulze (Bonn-Bad Godesberg 1973).

²⁵ Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, bearb. v. Hermann Weber unter Mitwirkung v. Johann Wachtler (Düsseldorf 1981); im folgenden zitiert: Generallinie.

erscheinen ließ. Da ich mir jedoch die Aufgaben stelle, den ungenutzt gebliebenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien nachzuspüren, erspare ich es mir, die bei Winkler nachlesbaren doktrinären Hindernisse ausführlich zu behandeln.

Nach meiner, auf den Mitteilungen früherer KPDO-Mitglieder beruhenden Kenntnis darf man sich auch die KPD-Führung entgegen ihren eigenen Versicherungen nicht als einen festgeschlossenen Block vorstellen. In jüngeren DDR-Veröffentlichungen wurden die harten innerparteilichen Auseinandersetzungen auch zugegeben. Einer von denen, die sich nach dem Parteiausschluß von Heinrich Brandler und August Thalheimer um eine realistischere KPD-Politik bemühten, war Wilhelm Pieck. Er hatte schon 1932 auf dem Februarplenum des Zentralkomitees von folgender, ein Jahr später tatsächlich eingetretenen Möglichkeit gesprochen: „Wir haben eine Situation, daß der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen kann, ohne daß die Kommunistische Partei vermöchte, auch nur ernste Kämpfe auszulösen. Wir haben eine Situation, bei der es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen. Eine solche Situation kann über die Partei hereinbrechen ...“²⁶.

Es kam nicht von ungefähr, daß Wilhelm Pieck zum Wortführer und Vorkämpfer derer in der KPD wurde, die dieser Gefahr vorbeugen wollten und die die zitierte Beiefschaftserklärung zu gemeinsamen Abwehraktionen herbeiführten. Er war einer der allerletzten Mitbegründer der KPD, die noch über Einfluß verfügten, obwohl man ihn wiederholt den ausgeschlossenen sogenannten Rechten bzw. Versöhnern zuordnete. Als er im Anschluß an eine Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 25. Mai 1932 von Nazis tätlich angegriffen wurde, folgte nicht nur eine handgreifliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Fraktionen, sondern auch der kommunistische Aufruf zur Antifaschistischen Aktion.

Die Bewertung dieses wohl gewichtigsten KPD-Versuchs, eine einheitliche und im Selbstverständnis überparteiliche Abwehrfront der Arbeiter gegen den Faschismus herzustellen, ist allerdings bis heute strittig. Von Seiten der sozialdemokratischen Parteiführung wurde sie von vornherein als ein kommunistischer Parteiladen bezeichnet und entsprechend zurückgewiesen. An der sozialdemokratischen Partebasis und in parteilosen Arbeiterkreisen dachte man anders. Es ist allerdings methodisch sehr schwierig, die allgemeine Stimmungslage richtig zu erfassen. Die Auswertung der Partipresse kann nicht weiterhelfen, weil sie fast immer nur das berichtete, was der jeweiligen Parteiführung genehm war.

Weitaus zuverlässiger sind die erhalten gebliebenen Lageberichte des Reichsinnenministeriums aus den Sommermonaten des Jahres 1932. Obwohl sie teilweise gedruckt sind²⁷, wurden sie von der Geschichtsschreibung außerhalb der ehemaligen

²⁶ Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur (Berlin 1954) 27.

²⁷ Petzold, Staatsstreich 1152 ff.; ders., Generalprobe 18 ff.; Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. und eingel. v. Heinz Karl und Erika Kücklich unter Mitarbeit von Elfriede Fölster und Käthe Haferkorn (Berlin 1965); Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1966) 4, 583 f. Originale und Durchschläge dieser Lagebe-

DDR kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn in ihrer Aussagekraft gewürdigt. Bevor größere Ausschnitte daraus zitiert werden, muß man sich jedoch ebenfalls fragen, welche Erwartungen an sie geknüpft wurden. Der Reichsinnenminister von Gayl bereitete die Absetzung der preußischen Staatsregierung und die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vor. Es ging ihm also um Argumente zur Rechtfertigung des Preußenschlags und um die Beurteilung der Widerstandsmöglichkeiten. Da es sich jedoch um interne Einschätzungen handelte, wird man bei den einschätzenden Beamten neben eingehender Sachkenntnis ein höchstmögliches Maß von Objektivität voraussetzen dürfen.

Der Lagebericht Nr. 12 vom 28. Juni untersucht die zunehmenden kommunistischen Aktivitäten im Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“: „Durch all das aber werden die Tendenzen zur Bildung der marxistischen Einheitsfront nur gefördert. Wo überall eine genauere Beobachtung möglich ist, stellt man stets das Gleiche fest: Kommunisten, Mitglieder des Kampfbundes gegen Faschismus, Reichsbannerleute und sonstige Sozialdemokraten haben einen Kurierdienst eingerichtet, der ihnen das Herannahen nationalsozialistischer Propagandatrups anzeigen und ‚Selbstschutzformationen‘ mobilisiert. Mitglieder der SPD oder der SAP, Gewerkschaftskartelle, Betriebsräte beider Parteien (gemeint sind KPD und SPD – J.P.) usw. usw. rufen zur Bildung der Einheitsfront auf. Bei blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, z.B. auch bei den Zwischenfällen am Vorwärtsgebäude wird noch regelmäßig, trotz der Gegnerschaft beider marxistischer Parteien untereinander, die Einheitsfront praktisch hergestellt, und nicht selten sind es gerade die Kommunisten, die am schnellsten und am rührigsten bei der Sache sind. Versammlungen werden abgehalten, in denen die Methoden eines Zusammensegehens der Arbeiterparteien erörtert, Antifaschistische Einheitskomitees oder Selbstschutzstaffeln gegründet werden: Die Diskussionen um die Herstellung der Einheitsfront, auch auf höherer Ebene, nehmen immer mehr zu. ... Man gewinnt aber aus den Vorgängen der letzten Tage doch das Gefühl, daß im Grunde die SPD die ablehnendere Haltung gegen solche Einheitsfrontbestrebungen einnimmt. Wir wissen, daß noch nach der Zurückweisung des Berliner Einheitsfrontangebotes von Seiten der KPD Versuche gemacht werden, interne Besprechungen mit maßgebenderen Sozialdemokraten in Gang zu bringen, deren Zweck nicht nur die ‚Entlarvung‘ der sozialdemokratischen Führer vor der Öffentlichkeit bei der erwarteten Ablehnung des kommunistischen Angebotes ist. Bisher aber sind diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben, u. zw. auch deshalb, weil, wie gesagt, die SPD sich ablehnend verhält. Sie möchte offensichtlich nicht, bevor sich nicht die innenpolitische

Fortsetzung Fußnote von Seite 89

richten befinden sich verstreut in einem dreizehnteiligen Aktenbestand zum Thema Einheitsfront (Dezember 1931 bis Ende 1933), der von der Abteilung IAN im RDI unter der Signatur 21⁶⁰⁻⁷ angelegt wurde, in dem aber der Band Januar 1933 abhanden gekommen zu sein scheint. Dieser im wesentlichen Zeitungsausschnitte und lokale Polizeiberichte enthaltende Bestand ist aus dem Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED ins Bundesarchiv, Potsdam, zurückgekehrt, wurde aber noch nicht wieder eingeordnet, sondern führt die IML-Signatur St 10/49 (Einheitsfrontbewegung) vorläufig noch weiter. Einzelne Lageberichte sind aber auch in anderen RDI-Akten nachweisbar. Daß es irgendwo einen geschlossenen Bestand gibt, ist unwahrscheinlich, aber nicht grundsätzlich auszuschließen.

Entwicklung ganz klar übersehen läßt, die Möglichkeiten eines früher stets bewährten Zusammenwirkens mit Mittelparteien zerschlagen ... Vereinzelt haben sogar sozialdemokratische Unterführer die Kommunisten für gefährlichere Gegner als die NSDAP bezeichnet und die Möglichkeit eines Zusammengehens von Reichsbanner mit SA und Polizei gegen die Kommunisten angedeutet.“²⁸

Im Lagebericht Nr. 13 vom 16. Juli heißt es: „Die Erörterungen zwischen KPD und SPD über die Möglichkeit einer auch formalen Einheitsfront beider Parteien im Kampf gegen den ‚Faschismus‘ sind, was die SPD angeht, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der Parteivorstand der SPD hat entsprechend seiner von taktischen Gründen diktieren vorsichtigen Haltung (s. Lagebericht Nr. 12), die sich durch die wachsende Sympathie früherer linksbürgerlicher Wähler für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD nur noch mehr empfiehlt, in einem Aufruf vom 28. VI. ausdrücklich gegen die von der KPD empfohlenen und auch jetzt noch angestrebten lokalen Verhandlungen ausgesprochen, ja, diese sogar ausdrücklich verboten. Hierdurch entstehen, so heißt es in einem Rundschreiben, nur Uneinigkeit und Verwirrung statt Einigkeit und Klarheit. Erfolg versprechende Verhandlungen könnten nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden. Weil aber die KPD sich mehrfach grundsätzlich und eindeutig gegen solche zentralen Verhandlungen ausgesprochen hat, bestätigt dieses Rundschreiben unsere Vermutung, daß die SPD im Grunde diese auch formale Einheitsfront nicht wünscht. Sie geht sogar so weit, daß sie Funktionäre, Ortsgruppenvorsitzende usw., die sich trotzdem in lokale Verhandlungen mit der KPD einließen, entweder aus der Partei ausschließt oder die Schuldigen veranlaßt, ihre gegebene Zustimmung zur Teilnahme an Einheitsfront-Komitees oder Aktionen zurückzuziehen. Demgegenüber bemüht sich die KPD weiter, eine Einheitsfront im lokalen Maßstabe herzustellen ... Andererseits erklären kommunistische Führer und Redner immer wieder, daß die KPD für die Bildung der antifaschistischen Einheitsfront nicht die Bedingung eines Übertritts zur KPD stelle, daß sie auch nichts lieber täte (?), als die Führung in den Einheitsfrontausschüssen den wirklich kampfgewillten Arbeitern, ungestrichen ihrer Organisationszugehörigkeit, selbst zu übergeben. Die KPD wolle lediglich diese Einheitsfront aufstellen. Sie wolle lediglich gemeinsam mit allen Arbeitern gegen den Faschismus kämpfen, den roten Massenselbstschutz schaffen, gegen die Notverordnungen der Regierungen den gemeinsamen Massenkampf aller Arbeiter einzusetzen, d. h. als wirkungsvollste Kampfmaßnahme den politischen Massenstreik organisieren. Aus allen Reden und Anweisungen klingt immer wieder die gleiche Aufforderung: ‚schreitet endlich zur antifaschistischen Tat‘ oder: ‚findet immer neue Formen der antifaschistischen Aktion!‘. Bedingungen, die die SPD für die Einheitsfront stellt, könne und wolle die KPD nicht annehmen, wie sie ihrerseits auch den sozialdemokratischen Arbeitern keine andere Bedingung für die Einreichung in die antifaschistische Einheitsfront stelle als den Willen zum Kampf. Insbesondere könne die KPD nicht über die Verbrechen der SPD an der Arbeiterklasse schweigen ... Außerordentlich wirkungsvoll war es, daß die KPD mitteilen konnte, 20 SPD-Reichsbanner- usw. Funktionäre hätten am 8. VII. im Karl-Liebknecht-Haus, also der KPD-Zentrale in

²⁸ Bundesarchiv, Potsdam, St 10/49, Bd. 5, Bl. 139–142.

Berlin, vorgesprochen, um in mehr als 5-stündiger Aussprache eine ganze Reihe von Fragen über die Möglichkeit der Einheitsfront zwischen beiden Parteien zu erörtern ... Aus all dem geht klar hervor, daß diese Erörterungen um die Einheitsfront für beide Parteien lediglich aus taktischen organisatorischen Gründen unternommen werden, obwohl sie beide zugeben, daß (wie es kürzlich im Freien Wort ausgedrückt wurde) die Herstellung der Einheitsfront ‚heilige Sehnsucht der Arbeiterschaft‘ sei. Während aber die beiderseitigen Führer sich aus diesen durchsichtigen Gründen immer mehr auseinander reden, stellen die Massen und sogar auch die lokalen Führer die Einheitsfront in immer größerem Ausmaße praktisch her, wobei sowohl die entgegenkommendere Taktik der KPD wie auch die sich immer mehr steigernde und dem kommunistischen Ton nähernde sozialistische Agitation entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen haben ...

Im ganzen Reiche gehen die praktischen Einheitsfrontaktionen weiter. SPD-Betriebsräte gehen mit roten Kollegen zusammen, Reichsbannermitglieder erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen; in Duisburg erörterten Funktionäre der Eisernen Front im Parteibüro der KPD Einheitsfrontmaßnahmen. Gemeinsame Sargwachen und Beteiligungen bei Beerdigungen ist schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirkliche überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erschienen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD, wenn auch noch nicht in der von der KPD erhofften Zahl; Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe, und äußern Kritik an der Politik von SPD und ADGB. Die Duisburger ‚Volksstimme‘, SPD-Organ, begrüßte das Zustandekommen der Einheitsfront, die spontan von unten her kommen würde. Hilferding rühmte in einer Essener Rede, daß bei der Demonstration im Berliner Lustgarten die Kommunisten in ‚vorbildlicher Disziplin‘ mitmarschiert seien usw. usw. So sieht man also, daß der Vorstand der SPD im Prinzip nichts gegen die Bildung der Einheitsfront auf lokaler Basis hat, solange natürlich die Machtstellung der SPD und ihr Einfluß im Proletariat hierdurch nicht berührt wird, daß sie aber, und zwar mit Rücksicht auf die von rechts her erwarteten Wähler und mit Rücksicht auf spätere Koalitionsmöglichkeiten eine offizielle Verantwortung für eine auch formale Einheitsfront mit den Kommunisten nicht übernehmen will ...“²⁹.

Obwohl die Lageberichte für sich selber sprechen, sei doch auswertend festgestellt, daß die Antifaschistische Aktion eine beachtliche Resonanz gefunden hatte. Selbst wenn man den Berichterstattern die Absicht unterstellt, die von der KPD ausgehenden Gefahren in kräftigen Farben zu malen, wird zumindest sichtbar, daß es viele Kommunisten gab, die sich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen den Faschismus vereinen wollten. Bemerkenswert ist der aufgezeigte Gegensatz zwischen den Parteführungen und der Partebasis. Offensichtlich hatte man im Reichsinnenministerium genau beobachtet, daß bei weitem nicht alle Kommunisten vorbehaltlos den verleumderischen Unsinn der Sozialfaschismusdoktrin akzeptierten, daß sie sich zu-

²⁹ Ebd., Akten des Reichsministeriums des Innern, Nr. 26153, Bl. 25 ff.

mindest davon nicht abhalten ließen, nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu suchen und diese bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu praktizieren. Man kann daher nicht einfach von realistischen Sozialdemokraten und törichten Kommunisten sprechen. Da zu erwarten war, daß zustimmende sozialdemokratische Stimmen nachdrückliche Erwähnung fanden, wiegt der Hinweis, wie reserviert sich die SPD-Führung verhielt, umso schwerer.

Zwischen den Preußen-Wahlen am 24. April und dem Preußen-Schlag am 20. Juli 1932 gab es auch im preußischen Abgeordnetenhaus Anzeichen für eine realistischere, weniger gegen die SPD gerichtete und auf entschlossene Abwehr faschistischer und konservativer Anschläge bedachte Politik der KPD. Von der kommunistischen Fraktion wurde zwar im April 1932 gegen den Antrag der Weimarer Koalitionsparteien gestimmt, die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten von der absoluten Stimmenmehrheit abhängig zu machen, um so ein Nazi-Minderheiten-Kabinett zu verhindern. Die KPD-Abgeordneten haben auch später noch der Braun-Severing-Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen. Aber am 2. Juni erklärte Wilhelm Pieck – an die Nazis gewandt – vor dem Parlament: „Wir werden unter Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zu verhindern suchen, daß sie hier oder sonst wo anders die Regierungsgewalt in die Hände bekommen ...“³⁰.

Diese Erklärung, die eine grundsätzliche Wende in der KPD-Politik möglich erscheinen ließ, die zumindest aber im deutlichen Gegensatz zum bisherigen kommunistischen Verhalten gegenüber der preußischen Staatsregierung stand, erregte Aufsehen. Abegg sah sich offenkundig von ihr ermutigt, als zuständiger Staatssekretär mit den kommunistischen Fraktionsvorsitzenden im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus Ernst Torgler und Wilhelm Kasper zwei Tage später das von Mommsen kritisierte Gespräch zu führen, um die KPD zur äußersten Zurückhaltung bei den immer häufiger werdenden Straßenschlachten aufzufordern und vorsichtig Möglichkeiten einer parlamentarischen Zusammenarbeit zur Absicherung der preußischen Staatsregierung zu erörtern.

Die Papen-Regierung wurde von dem beim Gespräch anwesenden preußischen Regierungsbeamten Rudolf Diels informiert und nutzte es zur Begründung der Absetzung der preußischen Staatsregierung am 20. Juli 1932. Es spricht für die grundsätzliche Verfeindung der Kommunisten, wenn dabei bereits die Feststellung genügte: Die „parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der taktischen Haltung der kommunistischen Partei abhängig“³¹.

Diels hatte aber bei der offiziellen Protokollanfertigung nur folgendes erklären können: „Staatssekretär Dr. Abegg habe zunächst betont, daß die blutigen Zusammenstöße aufhören müßten und sodann an die genannten Kommunisten die Frage gerichtet, weshalb sie eine so scharfe Opposition gegen das Preußische Staatsministerium richteten. Die Preußische Regierung habe doch nichts Wesentliches gegen die Kommunisten einzuwenden und tue alles, um die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen zu vermeiden. Für diese Lage müßten doch auch die Kommunisten Ver-

³⁰ Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1, Sp. 138.

³¹ Bundesarchiv, Potsdam, Akten des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Nr. 141, Bl. 103.

ständnis aufbringen. Es könnte ihnen doch auch nichts daran liegen, daß die Nationalsozialisten ans Ruder kämen oder ein Reichskommissar für Preußen bestellt werde ...“³². Obwohl Diels sichtbar bemüht war, Abegg als Kommunistenfreund darzustellen und den Erwartungen der Papen-Regierung zu entsprechen, mußte er einräumen, daß es sich lediglich um einen unverbindlichen – teilweise in scherhafter Form geführten – Gedankenaustausch gehandelt hätte und Abegg dafür von Severing sogar scharf getadelt wurde.

Welche konkreten Auswirkungen das Gespräch im preußischen Innenministerium auf die KPD-Politik gehabt hat, läßt sich nicht zuverlässig beurteilen. Schon am 3. Juni hatte die kommunistische Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen den deutschnationalen Antrag gestimmt, zur alten Geschäftsordnung bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten zurückzukehren, und sich damit von ihrer Haltung im April distanziert. Am 15. Juni vereitelte die KPD die Annahme eines nationalsozialistischen Antrags, nach dem alle preußischen Minister, die der SPD oder der Staatspartei angehörten, vor den Staatsgerichtshof gestellt werden sollten. Bei der entscheidenden Wahl des Landtagspräsidiums am 22. Juni erklärte sich die KPD bereit, für die Kandidaten der SPD und des Zentrums zu stimmen und auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Sie verlangte dafür die volle Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit sowie die Freigabe des preußischen Rundfunkes auch an die KPD und die Nichtdurchführung der Notverordnungen Papens in Preußen.

Das waren offensichtlich unrealistische Forderungen, die nach wie vor auf die sattsam bekannte „Entlarvung“ der preußischen Staatsregierung abzielten. Sie wurden demzufolge sowohl vom Zentrum als auch von der SPD entschieden zurückgewiesen. Am 22. Juni erklärte jedoch Wilhelm Pieck: „Obwohl sie unsere beiden Bedingungen abgelehnt haben und damit ihre Feindschaft gegenüber den Forderungen der werktätigen Massen, ihrer eigenen Arbeiteranhänger, zum Ausdruck gebracht haben, so sind wir Kommunisten doch bereit, für ihre Kandidaten zum Präsidium zu stimmen („Hört! Hört!“ bei der NSDAP), wenn beide Fraktionen ihre Bereitwilligkeit erklären, durch aktive Beteiligung an den Wahlen mit uns Kommunisten gemeinsam die Nationalsozialisten und Deutschnationalen von jeder Beteiligung am Landtagspräsidium – als Präsident oder Vizepräsidenten – auszuschließen ...“³³. Jedoch auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Zentrum und SPD wollten unter keinen Umständen mit der KPD zusammenarbeiten. Sie fürchteten, daß das den Staatsstreichplänen der Papen-Regierung in Preußen nur Vorschub leisten würde. Das Zentrum strebte zudem eine gemeinsame Regierung mit der NSDAP auf parlamentarischer Grundlage in Preußen und nach Möglichkeit im Reiche an. Es widersprach angeblich den Spielregeln des Parlamentarismus, wenn die stärkste Fraktion von einem Parlamentspräsidium ausgeschlossen würde. Als jedoch das Präsidium des neu gewählten Reichstages zusammengestellt wurde, nahm das Zentrum keinen Anstoß daran, daß mit der SPD die zweitstärkste Reichstagsfraktion davon ausgeschlossen blieb. Die Sozialdemokraten nahmen wie-

³² Akten der Reichskanzlei: Das Kabinett Papen, bearb. v. Karl-Heinz Minuth (Boppard am Rhein 1989) 246 f.

³³ Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1, Sp. 682 f.

derum gerade im preußischen Abgeordnetenhaus die denkbar größte Rücksicht auf ihre Koalitionspartner. So verlief eine immerhin bemerkenswerte kommunistische Initiative ergebnislos im Sande.

Erneut setzten sich in einem objektiven Zusammenspiel diejenigen in beiden Parteien, die keine Zusammenarbeit wollten, gegen die durch, die sie für dringend erforderlich hielten. Die SPD-Führung erinnerte an frühere KPD-Stellungnahmen und erklärte einen politischen Wandel der Kommunisten für grundsätzlich unmöglich. Die Ultralinken im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und in der KPD-Führung hatten ihrerseits die Versuche, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion auf die Sozialdemokratie als ganzes zuzugehen und speziell in Preußen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den Weimarer Koalitionsparteien zu praktizieren, mit äußerstem Unbehagen registriert. Wilhelm Pieck hat 1935 ausdrücklich beklagt, welcher Druck dabei ausgeübt wurde. Noch im Juni traf von Wilhelm Knorin ein Telegramm aus Moskau ein, das angesichts des KPD-Verhaltens im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen „opportunistische Auswüchse“ in der Einheitsfronttaktik protestierte³⁴. Am 14. Juli zog das von Ernst Thälmann geleitete Sekretariat der KPD, dem John Schehr und Hermann Remmele als Mitglieder und Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht als Kandidaten angehörten, die Konsequenzen: „Jede Vernachlässigung unseres Kampfes gegen die sozialfaschistischen Führer, jede Verwirrung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen uns und der SPD, jede Kapitulation vor den Phrasen der SPD-Führer gegen Hitler und Papen, jedes leiseste Zugeständnis an die opportunistische Ideologie gefährdet die Durchführung unserer revolutionären Massenpolitik ...“³⁵.

Der entschieden abgelehnten „Einheitsfront von oben“ wurde die „Einheitsfront von unten“ gegenübergestellt, die wie der Verlauf weiterer Kongresse der Antifaschistischen Aktion in Wort und Bild bewies, wieder vor allem auf die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter für die KPD-Politik ausgerichtet war. So gesehen hatte der sozialdemokratische „Vorwärts“ recht, wenn er schrieb: „Kriecht nicht auf den kommunistischen Leim! Laßt euch nicht mißbrauchen! Haltet euch fern von allen kommunistischen Veranstaltungen.“ Aber diese Warnung stammte bereits vom 12. Juni³⁶. Sie ignorierte gänzlich die Ansätze für einen Umdenkungsprozeß in der KPD und die Stimmung an der kommunistischen Parteibasis, hatte doch das Sekretariat der KPD noch am 14. Juli feststellen müssen: „Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind, und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen für eine ‚Einheit‘ um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg usw. müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten ...“³⁷. Die SPD-Führung setzte sich aber auch über die Mahner in der eigenen Partei hinweg. Mehr noch: Der linke Sozialdemokrat Otto Buchwitz berichtet in seinen Erinnerungen, daß er Mitte Juli 1932 mit einer Gruppe ebenfalls aufs höchste besorgter schle-

³⁴ Winkler, Katastrophe 624. Vgl. dazu Herbert Webner, Zeugnis (Köln 1982) 47.

³⁵ Winkler, Katastrophe 624 unter Berufung auf Generallinie 526–534.

³⁶ Vorwärts, 12. Juni 1932.

³⁷ Winkler, Katastrophe 624.

sischer Sozialdemokraten von Severing entschlossene Abwehrbereitschaft gegen alle Staatsstreichpläne Papens vorgetäuscht bekam³⁸.

Es ist eine nicht zu beantwortende Frage, was geschehen wäre, wenn die SPD im Juni 1932 die Ansätze für eine politische Neuorientierung der KPD oder wenigstens eines erheblichen Teils von ihr nicht ignoriert, sondern ermutigt hätte. Ohne mehr eigene Widerstandsbereitschaft mußte das ohnehin von vornherein sinnlos sein. Der Parteivorstand der SPD entschied sich aber am 16. Juli sogar dafür, dem erwarteten Preußenschlag nur mit verbalen Protesten, der Anrufung des Staatsgerichtshofes und verstärkten Wahlkampfanstrengungen zu begegnen. Nachdem im Vorfeld alles unterlassen worden war, was die Papen-Regierung in ihren nachweisbaren Besorgnissen über die Möglichkeit entschlossener Abwehrmaßnahmen bestärken konnte, blieb wohl gar nichts anderes übrig. Die KPD hat immerhin am 20. Juli 1932 der SPD den Vorschlag unterbreitet, die Einsetzung von Reichskommissaren in Preußen mit dem gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik zu beantworten. Die Formulierungen lassen allerdings erkennen, daß man schon sicher war, die SPD-Führung würde nicht mitmachen und könnte erneut an den Pranger gestellt werden.

Unter diesen Umständen spricht eigentlich alles dafür, daß eine politische Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD nicht möglich war. Da mit dem Verlust der Regierungsführung in Preußen und der Kontrolle über die preußische Polizei die SPD aufhörte, ein ernstzunehmender Machtfaktor zu sein, bedeutet das aber dann auch, die Weimarer Republik konnte nicht mehr gerettet werden. Wenn es überhaupt 1932 noch eine Möglichkeit dafür gab, so ist sie im Juni – als Zentrum und KPD der SPD näher als vorher oder nachher standen – ungenutzt geblieben. Nach dem 20. Juli 1932 hatten die Linken der endgültigen Zerstörung der Weimarer Republik durch die Rechten nur noch wenig entgegenzusetzen und gemeinsam mit den bürgerlichen Demokraten die Folgen zu tragen.

³⁸ Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1950) 135.